

**WAHL  
KOM  
PASS**

**LAND  
TAGS  
WAHL**

**2021**

**Baden-Württemberg**

**GREENPEACE**  
Stuttgart

# INHALT

- 3 Vorwort**
- 4 Landwirtschaft**
- 18 Energie**
- 26 Mobilität**
- 38 Industrie**
- 44 Wald**
- 56 Gebäude**
- 66 Statement**

Die Reihenfolge der Parteien ergibt sich aus dem Wahlergebnis der letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg im Jahr 2016.

Wertesystem zur Fragestellung und Beantwortung:

--	-	o	+	++
Ablehnung	teilweise Ablehnung	neutral	teilweise Zustimmung	Zustimmung

# Liebe Wählerinnen und Wähler,

die Landtagswahlen in Baden-Württemberg stehen vor der Tür. Auf Ihre Stimme kommt es an, welche Parteien in den Landtag einziehen werden und ob eine Regierung gebildet wird, die eine nachhaltige und umweltverträgliche Politik für Baden-Württemberg gestalten wird.

Wir haben bei den heute im Landtag vertretenen Parteien angefragt, wie sie sich zu den Themen Verkehrswende, Natur-, Arten- und Umweltschutz sowie Tierwohl positionieren. Darunter ist auch die AfD, die nicht nur den Klimawandel leugnet und den Atomausstieg ebenso wie die Energiewende abschaffen will. Vor allem steht die AfD für eine Gesellschaft, die durch Nationalismus, Ausgrenzung und Intoleranz gekennzeichnet ist. Wir haben uns trotzdem dafür entschieden, ihre Antworten abzudrucken, denn das gehört zu einer Demokratie.

Die Parteien erhielten die Gelegenheit, auf einer Punkteskala Ihre Zustimmung/Ablehnung zu den nachfolgenden, von Greenpeace gestellten Forderungen aus den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Energie, Wald, Mobilität und Gebäude darzustellen.

Der Greenpeace Wahlkompass gibt somit den Wählerinnen und Wählern vor der Landtagswahl am 14. März einen kompakten Überblick über zentrale umweltpolitische Positionen der Parteien in Baden-Württemberg.

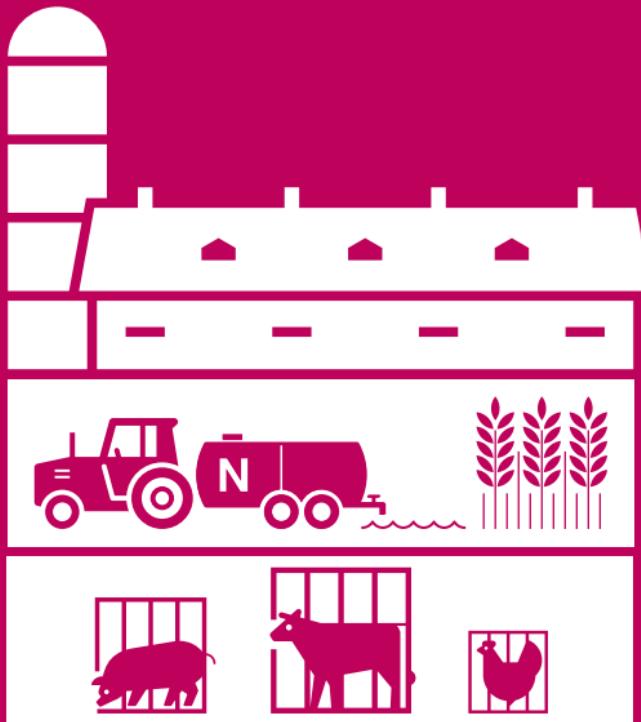
Freundliche Grüße  
**Ihre Greenpeace Gruppe Stuttgart**

P.S. Lust auf ehrenamtliches Engagement?  
Schauen Sie doch mal bei uns vorbei:  
[www.greenpeace.de/mitmachen/aktiv-werden/gruppen](http://www.greenpeace.de/mitmachen/aktiv-werden/gruppen)



# Landwirtschaft

**Was wir essen und wie unsere Nahrung produziert wird, hat massive Folgen für die Gesundheit und die Umwelt. Die Lebensmittelproduktion verursacht mehr als ein Drittel der weltweiten Treibhausgase – ein Großteil davon stammt aus der Tierhaltung.**



## Verteilung von Subventionen / Förderung von ökologischer Landwirtschaft

1 Von den Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) werden mindestens 60 % für Maßnahmen des Förderprogramms Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT) verwendet. Ziel ist eine Verdoppelung der ökologisch bewirtschafteten Fläche bis 2030 und eine Reduzierung der Klimagase aus der Landwirtschaft um 25 % bis 2030.

B'90 / Grüne



Wir fordern: Öffentliches Geld für Klimaschutz und die Ökologisierung der Landwirtschaft!

CDU



Prozentuale, willkürliche Vorfestlegung bei miteinander verbundenen Themen halten wir nicht für zielführend.

AFD



Nachfrage der Verbraucher ist maßgebend. Ökologische Bewirtschaftung nicht parallel mit Reduzierung der Klimagase.

SPD



keine Angabe

FDP



Keine Bio-Planwirtschaft, langfristig Ausstieg aus Direktzahlungen, Ausweitung des EU-Emissionshandels.

## Verteilung von Subventionen / Förderung von ökologischer Landwirtschaft

Die Fördersätze für FAKT-Maßnahmen werden generell um 15 % und für kleine und familiengeführte Betriebe um 25 % gegenüber den heutigen Fördersätzen des Maßnahmen- und Entwicklungsplans ländlicher Raum III (MEPL III) erhöht.

B'90 / Grüne



Wir wollen bäuerlichen Betrieben eine Zukunft geben und deshalb mehr Geld für die ersten Hektare verteilen.

CDU



keine Angabe

AfD



AfD möchte Förderungen nationalisieren und effektiver kleinere Betriebe und Landschaftsschutz fördern.

SPD



Es hat insgesamt eine Überarbeitung des FAKT in Richtung Ökologie und Tierschutz zu erfolgen.

FDP



Bürokratieabbau und EU-weite Vereinheitlichung der Förderung, Stärkung unternehmerischer Landwirtschaft

## Verteilung von Subventionen / Förderung von ökologischer Landwirtschaft

3 Um Betriebe zu unterstützen, die ihre Tierhaltung auf bessere artgerechte Haltungsverfahren umstellen, werden finanzielle Mittel bereitgestellt.

B'90 / Grüne



Der Umbau der Tierhaltung muss von EU, Bund und Land maßgeblich getragen werden!

CDU



Wurde auch schon angegangen.

AFD



Kennzeichnung der Haltungsformen auf den Produkten (Beispiel der Eier) erlauben dem Verbraucher die Wahl.

SPD



keine Angabe

FDP



Ja, aber Entkopplung der Agrarinvestitionsförderung von bürokratischen und überzogenen Tierwohlauflagen.

## Schutz der Artenvielfalt

4

Zur Sicherung dauerhafter biologischer Vielfalt ist die Ausweisung neuer Schutzgebiete notwendig.

B'90 / Grüne



Wir wollen den Nationalpark stärken, ein drittes Biosphärengebiet und 20 neue Naturschutzgebiete ausweisen.

CDU



keine Angabe

AFD



Notwendigkeit dort, wo Arten gefährdet sind. Regionale Entscheidungen ohne pauschale Gesetze!

SPD



Es wurden in den vergangenen Jahren fast keine neuen NSG ausgewiesen; das muss dringend geändert werden.

FDP



Schützen durch Nützen und freiwilliger Vertragsnaturschutz vor Eingriffen ins Eigentum.

## Schutz der Artenvielfalt

5

**Baden-Württemberg braucht ein drittes Biosphärengebiet, in dem Landnutzung und Tourismus nachhaltig entwickelt werden.**

B'90 / Grüne



Ja, das ist Teil unseres Wahlprogramms. Und wir wollen die bestehenden Biosphärengebiete personell stärken.

CDU



Wir streben ein landesweites Netz von Biotopen an, ergänzt durch eine einheitliche Naturschutzkonzeption.

AFD



Die Einrichtung von Biosphärengebieten soll unter Einbeziehung regionaler Akteure geschehen.

SPD



Wir wollen ein Biosphärengebiet Taubergießen.

FDP



keine Angabe

## Schutz der Artenvielfalt

6

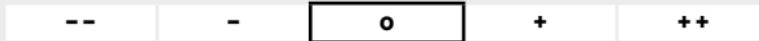
Um den Verzicht oder zumindest eine Reduktion von Pestiziden zu erreichen, setzt sich Baden-Württemberg für eine risikobezogene Pestizidabgabe auf Bundesebene ein.

B'90 / Grüne



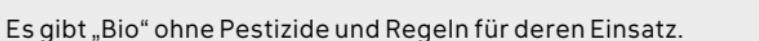
Im Ziel sind wir uns einig. Wir werden das beste Instrument prüfen und setzen auf offensive Beratung.

CDU



keine Angabe

AFD



Es gibt „Bio“ ohne Pestizide und Regeln für deren Einsatz. Der Verbraucher kann sich bereits entscheiden.

SPD



Zudem wollen wir ein Pestizidverbot auf staatlichen Flächen einführen.

FDP



Abgabe schränkt Wettbewerbsfähigkeit ein, stattdessen Agrarforschung und technische Innovationen.

## Schutz der Artenvielfalt

7

**Der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche liegt in Baden-Württemberg bei ca. 5 ha pro Tag, trotz sinkender Bevölkerung. Der Netto-Flächenverbrauch muss auf Null gesenkt werden.**

B'90 / Grüne

-- - o + ++

Wir streben maximal 3 ha an, die Netto-Null haben wir im Blick. Den § 13b BauG wollen wir außer Kraft setzen.

CDU

-- - o + ++

Uns ist ein schonender und sparsamer Umgang m. Grund und Boden wichtig, aber auch die Wohnungen für Familien.

AFD

-- - o + ++

Die Bevölkerung in Baden-Württemberg nimmt zu! (2015 bis 2020 um rund 14 %). Auf Null ist unrealistisch.

SPD

-- - o + ++

Wir erschließen versiegelte Flächen für Wohnungsbau, Programm zur Nachverdichtung, Sanierung von Flächen.

FDP

-- - o + ++

Politik der Netto-Null ist nicht mehr haltbar, sondern Potenziale der Innenverdichtung müssen genutzt werden.

## Fleischkonsum und -erzeugung

8

**Alle Kantinen in Verantwortung des Landes Baden-Württemberg sollen bis Ende 2022 auf 50 % und bis Anfang 2025 zu 100 % auf Bio-Lebensmittel umgestellt werden. Der Anteil an Fleisch- und Milchprodukten muss drastisch gesenkt werden.**

B'90 / Grüne



Ja zu weniger Tier und ja zum Ziel. Nur: Wir wollen regionales Bio und Streuobst – und das braucht mehr Zeit!

CDU



Möglichst heimische Produkte aber keine Bevormundung der Verbraucherinnen und Verbraucher

AFD



„Bio“ benötigt mehr (genutzte) Fläche, und ist nicht gleichbedeutend mit klimafreundlich. Realistische Regelung!

SPD



Der Weg ist richtig, aber man muss auch die Preise im Auge behalten.

FDP



Keine Bevormundung der Gäste, sondern Fokus auf ausgewogenes Angebot und nachhaltiges Wirtschaften

## Fleischkonsum und -erzeugung

9

**Die Kriterien zur Nutzung des Siegels „Qualitätszeichen Baden-Württemberg“ müssen nachweislich und deutlich über die gesetzlichen Mindestanforderungen bezüglich Umweltschutz und Tierhaltung / Tierwohl angehoben und die Kontrollen wirksamer werden. Futtermittel sollen aus heimischem Anbau stammen und dürfen nicht aus Übersee, sondern maximal aus dem europäischen Ausland importiert werden. Es dürfen nur noch Fleischprodukte aus den beiden höchsten Haltungsstufen damit gekennzeichnet werden.**

B'90 / Grüne



Zusätzlich brauchen wir bundesweit eine verpflichtende Haltungskennzeichnung.

CDU



Einsatz von QZBW und BioQZBW wollen wir stärken und neues Qualitätssiegel mit Mehrerlös für heimische Produktion.

AFD



Qualitätszeichen Baden-Württemberg zu ungenau betr. Tierwohl. Futter nur aus heimischem Anbau = weniger Raum für Natur.

SPD



keine Angabe

FDP



Weiterentwicklung von praktikablen Kriterien über bottom-up-Ansatz / Zusammenarbeit mit allen Akteuren.

## Fleischkonsum und -erzeugung

10 Baden-Württemberg untersagt den Import von (Futter-) Soja aus problematischen Herkunftsgebieten (Urwaldzerstörung) und fördert den Anbau alternativer Eiweißpflanzen (Körnerleguminosen) im Land.

B'90 / Grüne



Das Land kann den Futter-Import nicht verbieten. Unsere „Eiweißinitiative“ soll noch mehr Schwung bekommen.

CDU



keine Angabe

AFD



Die Forschung arbeitet bereits intensiv an Alternativen zu Soja aus Übersee, das ist der richtige Weg.

SPD



Das wäre gut, ist aber vielleicht für ein Bundesland allein nicht machbar. Bund und EU sind gefordert.

FDP



Eiweißinitiative fortführen, weitere Forschung, um wettbewerbsfähige Alternative zum Sojaimport zu entwickeln.

## Fleischkonsum und -erzeugung

11

**Intensive Tierhaltung muss beendet werden, um das Wohl der Tiere mit artgerechter Haltung zu sichern: Mindestens 30 % mehr Stallfläche pro Tier als aktuell gesetzlich vorgeschrieben, Verbot von Kastenstand- und Käfighaltung, Förderung von geprüften mobilen Schlachtbetrieben, Begrenzung von Lebendtiertransporten auf weniger als 4 Stunden.**

B'90 / Grüne



UND: Flächenbindung der Tierhaltung – nur so viele Tiere auf dem Land, wie von ihm ernährt werden können!

CDU



keine Angabe

AFD



Nicht immer verstösst „Intensiv“ gegen das Tierwohl und genausowenig ist „Extensiv“ immer tierfreundlich.

SPD



Die Haltungsverordnungen müssen je nach Tierart unterschiedlich verbessert werden.

FDP



Investitionsfähigkeit der Betriebe stärken, Verbotspolitik riskiert Tierwohl, da Abwanderung ins Ausland droht.

## Fleischkonsum und -erzeugung

12 Schlachtbetriebe sollen engmaschig überwacht und im Falle von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz sanktioniert werden.

B'90 / Grüne



Personalschulung und ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Überwachung sind wichtige Instrumente.

CDU



keine Angabe

AFD



Praktisch ist dies mit Videoüberwachung zu erreichen.

SPD



Vor allem der Bereich der Zuführung, Betäubung und Tötung ist viel besser zu überwachen.

FDP



Ausweitung der Kontrollen und mehr Personal in der Veterinärverwaltung.



# Energie

---

Der Bereich Energie hat eine herausragende Bedeutung beim Klimaschutz, da hier ein Großteil aller Treibhausgasemissionen entsteht. Wir fordern die nächste Landesregierung auf, weitreichende Maßnahmen zu ergreifen, um ihren Beitrag zu leisten, damit die Erderhitzung global auf 1,5 Grad begrenzt werden kann. Natürlich sind EU und Bund bei Entscheidungen zum Klimaschutz übergeordnet, Baden-Württemberg muss aber auf Landesebene so viel wie möglich ergänzen und auch über Bundesratsinitiativen aktiv werden.

Bei der Energieerzeugung ist ein massiver Umbau weg von fossilen Brennstoffen und hin zu erneuerbaren Energien notwendig.

Momentan verursachen fossile Brennstoffe ca. 30 % der gesamten Emissionen und sind vergleichbar einfach zu ersetzen. Die Emissionen in diesem Sektor wurden in den letzten Jahren schon verringert, aber da sich dieser aufgrund von langfristigen Investitionen nur träge bewegt, sind hier sofortige Maßnahmen notwendig.



## Energiewirtschaft

1 Es soll eine verbindliche Strategie zur Ausweisung und Nutzbarmachung von für erneuerbare Energien nutzbaren Flächen erarbeitet werden.

B'90 / Grüne



Die Regionalisierung der Ausbauziele wird Bestandteil im nächsten Klimaschutzgesetz.

CDU



keine Angabe

AFD



Es kann nicht gegen den Eigentümer entschieden werden.

SPD



Vor allem für Windkraft und Photovoltaik muss das Land Flächen finden / bereitstellen, bürokratische Hürden abbauen.

FDP



Förderung einer technologieoffenen Energiewende, Energieversorgung muss gesichert und bezahlbar bleiben.

## Energiewirtschaft

2 Der jährliche Ausbau von Windkraftanlagen soll mindestens 7 GW erreichen und der von Photovoltaikanlagen mindestens 10 GW. Um das zu erreichen, müssen die Genehmigungsverfahren für den naturverträglichen Ausbau der Wind- und Solarenergie und der dafür notwendigen Stromnetze beschleunigt werden.

B'90 / Grüne



Ein Schritt in diese Richtung ist beim Wind bereits geschehen.

CDU



Wir halten einen Zubau von 1 GW pro Jahr bei Photovoltaikanlagen für realistisch.

AFD



Energie aus Wind und Sonne zu volatil, beeinträchtigt die Umwelt. Ohne Atomenergie CO<sub>2</sub> Ziele nicht möglich.

SPD



Die bisherige EEG-Reform reicht dafür nicht aus; es muss dringend nachgebessert werden.

FDP



Keine einseitige Fokussierung auf Windenergie, Baden-Württemberg hat andere Stärken z.B. Photovoltaik.

## Energiewirtschaft

Alle Kohlekraftwerke im Land sollen bis 2030 stillgelegt werden.

3

B'90 / Grüne



2030 ist unser Ziel im Land. Die Rahmenbedingungen dafür werden aber auf Bundesebene getroffen.

CDU



Wir stehen zum Kompromiss auf Bundesebene: spätestens bis 2038.

AFD



Technisch nicht möglich wenn Netzstabilität gewährleistet sein soll.

SPD



Das ist wünschenswert, aber die jüngsten Kohlekraftwerke in Deutschland sollten als letzte abgestellt werden.

FDP



Kohleausstieg in absehbarer Zeit unrealistisch, Braunkohle und Steinkohle machte 2020 noch 40 % im Energiemix aus.

## Energiewirtschaft

4 Da Energiegewinnung immer auch ein Eingriff in die Umwelt ist, müssen die absoluten Energieverbräuche deutlich sinken – durch Suffizienz- und Effizienzmaßnahmen. Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erreichen zu können, muss ein Primärenergie-Einsparziel von ca. 38 % für das Jahr 2030 erreicht werden.

B'90 / Grüne



Zustimmung, aber darauf hat das Land kaum Einfluss (außerhalb der eigenen Liegenschaften).

CDU



keine Angabe

AFD



Wir sollten das versuchen mit Realitätssinn und Vernunft.

SPD



Das ist sehr ehrgeizig, aber technisch machbar.

FDP



Ausrichtung der Energieeinsparziele an energiepolitischen Realitäten. Kein ideologisches Wunschdenken.

## Energiewirtschaft

5 Neue Modelle für Bürgerenergie sollen forciert werden, damit die von Bürgern erzeugte Energie dezentral verteilt und genutzt werden kann, und Bürger\*innen davon profitieren können.

B'90 / Grüne



Die Digitalisierung der Energiewende kann das unterstützen.  
Gesetze dazu werden auf Bundesebene gemacht.

CDU



keine Angabe

AFD



keine Angabe

SPD



Uneingeschränkte Zustimmung!

FDP



Keine Bevorzugung einzelner Akteure, sondern fairer  
Wettbewerb im Energiesektor.

## Energiewirtschaft

Eine Infrastruktur für grünen Wasserstoff soll aufgebaut werden.

6

B'90 / Grüne



Nur grüner Wasserstoff aus NEUEN EE-Anlagen hilft dem Klima wirklich.

CDU



keine Angabe

AFD



keine Angabe

SPD



Wir wollen ZWS / Forschung stärken & Netzwerk der Wasserstoffwirtschaft aufbauen, gleichzeitig Windkraft & PV.

FDP

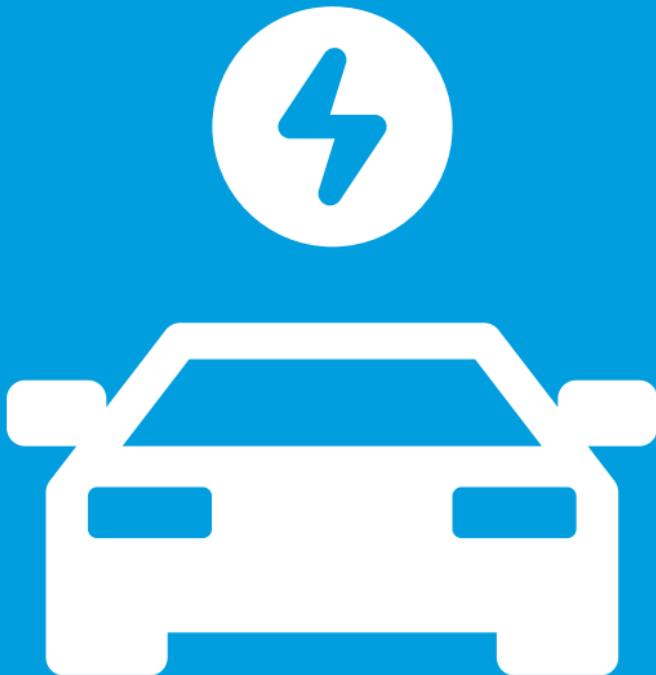


Wir brauchen Infrastruktur und Wasserstoffpartnerschaften mit Produktionsländern.



# Mobilität

**Der Mobilitätssektor ist der einzige Sektor ohne Verringerung der Emissionen seit 1990. Der Anteil liegt bei ca. 20 % der gesamten Emissionen. Daher muss auf eine schnelle und umfassende Verkehrswende hingearbeitet werden, um auch in diesem Sektor bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen.**



## Mobilität

1

Für eine sichere Radverkehrsinfrastruktur muss mehr Geld und eine Strategie zur Umsetzung in den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

B'90 / Grüne



Ja, denn bis 2030 soll jeder zweite Weg aktiv zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden.

CDU



keine Angabe

AFD



keine Angabe

SPD



keine Angabe

FDP



Wir wollen die Radstrategie des Landes sachgerecht weiterentwickeln.

## Mobilität

2

**Der öffentliche Verkehr soll massiv ausgebaut und attraktiver gemacht werden.**

B'90 / Grüne



Ja, denn wir wollen die Fahrgastzahlen in Bussen und Bahnen bis 2030 verdoppeln.

CDU



keine Angabe

AFD



in Anbetracht der Möglichkeiten. Im ländlichen Raum gibt es Grenzen.

SPD



Dazu gehört für uns ein 365 Euro-Jahresticket.

FDP



Qualität entscheidet über Wahl des Verkehrsmittels.

## Mobilität

3

Der ÖPNV soll kostenlos und barrierefrei gemacht werden, finanziert durch eine Nahverkehrsabgabe.

B'90 / Grüne

-- - o + ++

Kommunen brauchen innovative Finanzierungsideen, um ÖPNV auszubauen oder kostenlos machen zu können.

CDU

-- - o + ++

Der ÖPNV muss durch eine Mischung aus Steuermitteln und Tarifeinnahmen finanziert werden.

AFD

-- - o + ++

Das ist ungerecht gegenüber denjenigen, die ihn nicht nutzen können.

SPD

-- - o + ++

Das ist je nach Region und Kommune ein möglicher Weg.

FDP

-- - o + ++

Barrierefreiheit ist unabdingbar. Keine Nahverkehrsabgabe, da zusätzliche Belastung für Bürger.

## Mobilität

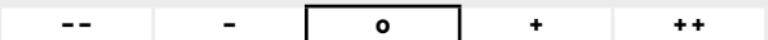
4 Anreize zur Verdichtung von Siedlungsstrukturen, mit Umwidmung von Straßenraum zugunsten von Rad- & Fußverkehr sollen geschaffen werden.

B'90 / Grüne



Ja, der nicht-motorisierte Verkehr muss in unseren Innenstädten Priorität bekommen.

CDU



Umwidmung von Straßenraum nur dort, wo es sinnvoll und machbar ist.

AFD



keine Angabe

SPD



Grün- und Freiräume innerhalb von Siedlungen dürfen nicht völlig reduziert werden.

FDP



Wir wollen intermodale Reiseketten ermöglichen. Verkehrsträger miteinander, nicht gegeneinander denken.

## Mobilität

5

In den größten Städten des Landes soll eine Citymaut eingeführt werden.

B'90 / Grüne



Mobilitätswende braucht innovative Finanzierungsideen.  
Eine Citymaut kann nur der Bund beschließen.

CDU



keine Angabe

AFD



Wenn, dann muss dies müssen intelligent geschehen mit dem Ziel,  
den Verkehrsfluss zu fördern. Vorbild Singapur.

SPD



Die Kommunen sollen diese Möglichkeit eingeräumt bekommen.

FDP



Wir setzen auf positive Anreize, anstelle von Strafen in Gestalt  
zusätzlicher Abgaben.

### Kfz- Fahrspuren und Parkplätze sollen reduziert werden.

B'90 / Grüne



Ja, aus Parkplätzen sollen ökologisch wertvolle Freiflächen, Fuß- und Radwege werden.

CDU



Nicht als Selbstzweck – nur dort wo es sinnvoll und machbar ist.

AFD



keine Angabe

SPD



Ja, wo dies nicht zu umweltbelastenden Verkehrsproblemen führt.

FDP



Pausschale Aussagen sind nicht passgenau zu konkreten Erfordernissen vor Ort z.B. Familien, Senioren etc.

## Mobilität

7

**Tempolimits sollen eingeführt werden: 30 km / h in Ortschaften und ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen.**

B'90 / Grüne



Ja, wir wollen Tempolimit 130 km / h auf Autobahnen und Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts.

CDU



Tempolimits dort, wo es Lärmschutz und Sicherheit es gebieten.

AFD



30 km / h in Ortschaften durchgehend ist pauschal nicht notwendig. Tempolimit auf Autobahnen ja.

SPD



Innerorts grundsätzlich 30, wenn nicht anders ausgewiesen – 130 auf Autobahnen.

FDP



Digitalisierung bietet intelligente Maßnahmen zur Verkehrssteuerung.

## Mobilität

8 Baden-Württemberg benötigt ein Landes-Mobilitätsgesetz, vergleichbar zu dem von Berlin, erweitert mit einer Strategie für den Umbau der Mobilität auf dem Land.

B'90 / Grüne



Ja, wir wollen ein Mobilitätswendegesetz, das verkehrspolitische Ziele und Maßnahmen festschreibt.

CDU



Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Mobilität der Zukunft liegen bereits vor.

AFD



keine Angabe

SPD



keine Angabe

FDP



Verkehrspolitische Ziele können auch untergesetzlich festgelegt und erreicht werden.

## Mobilität

9

### Über eine Bundesratsinitiative soll ein Verbot von PKW-Neuzulassungen mit Verbrennungsmotor ab 2025 erreicht werden.

B'90 / Grüne



Pkw müssen schnellstmöglich elektrifiziert werden, damit 2030 jeder dritte Pkw klimaneutral fährt.

CDU



keine Angabe

AFD



Insgesamt gesehen ist das Elektroauto nicht eindeutig umweltfreundlicher.

SPD



Verbote sollen erst dann greifen, wenn Alternativen zur Verfügung stehen, die auch sozialverträglich sein müssen.

FDP



Es ist offenkundig, dass dies innerhalb von 4 Jahren nicht möglich ist und Brennstoffzelle steht noch vor Durchbruch.

## Mobilität

9

Im Bundesrat soll eine Initiative für den Abbau von Subventionen für Autos mit Verbrennungsmotoren eingebracht werden.

B'90 / Grüne



Ja, die öffentliche Förderung von Verkehrsmitteln soll sich am ökologischen Fußabdruck ausrichten.

CDU



keine Angabe

AFD



keine Angabe

SPD



Die Absetzbarkeit von Dienstwagen ist zu prüfen – und die CO<sub>2</sub>-Abgabe verringert faktisch die Subventionen.

FDP



Aufgrund bereits erheblichen Aufkommens an Energie- und Kraftfahrzeugsteuer, erschließt sich Forderung nicht.



# Industrie

---

Die Landesregierung muss einen verlässlichen Rahmen für die Industrie schaffen, um langfristige Investitionssicherheit zu gewährleisten, diese aber in die richtige Richtung lenken. Der Aufbau von klimaneutralen Industriezweigen ist eine große Chance für die lokale Wirtschaft.



1 Es müssen Instrumente geschaffen werden, die eine Umstellung der Energieversorgung der Industrie auf Erneuerbare Energien / Rohstoffe und einen Umbau des Anlagenparks hin zu klimaneutralen Prozessen bewirken können.

B'90 / Grüne

Der Thinktank Industrielle Ressourcenstrategien ist dafür ein Beispiel.



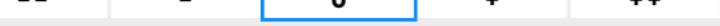
CDU

Erneuerbare Energien sind die Grundlage aller Maßnahmen um die Klimaschutzziele zu erreichen.



AFD

Mit Augenmaß! Industrie benötigt Energie. Baden-Württemberg benötigt Industrie für Steuereinnahmen und soziale Ausgaben!



SPD

keine Angabe



FDP

Schlüsselbranchen dürfen nicht durch im europäischen Maßstab überzogene Auflagen und Verbote belastet werden.



2 **Neue verschärfte gesetzliche Vorschriften und Förderungsprogramme zu Recycling und zur Einführung von konsequenter Kreislaufwirtschaft müssen gemacht werden. Zudem muss das Kreislaufwirtschaftsgesetz um Regelungen zur Langlebigkeit, Reparierbarkeit, Recyclingfähigkeit und für eine intensivere bzw. geteilte Nutzung von Produkten erweitert werden. Das Land nimmt Einfluss, um diese Erweiterung zu erreichen.**

B'90 / Grüne



Wir streben eine ökologisch sinnvolle Kreislaufwirtschaft an, die Ressourcen effizient einsetzt und schützt.

CDU



Die Kreislaufwirtschaft ist ein wichtiger Baustein Klimaneutralität zu erreichen. Ihr Anteil muss stetig erhöht werden.

AFD



keine Angabe

SPD



Kunststoffabfallexporte sind komplett zu verbieten, bis 2025 Verdopplung der echten Recyclingquote.

FDP



Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Kreislaufwirtschaft und Forschung und Digitalisierung fördern.

3

### Die Nutzung von Abwärme aus Industrieprozessen für Wärmenetze soll ausgebaut werden.

B'90 / Grüne

-- - o + ++

Die Pflicht zur kommunale Wärmeplanung und das Konzept zur Abwärmennutzung werden wir voranbringen.

CDU

-- - o + ++

Effizienz und Ressourcenschonung sind ebenso ein Baustein Richtung Klimaneutralität.

AFD

-- - o + ++

keine Angabe

SPD

-- - o + ++

Das passiert schon viel, sollte aber sukzessive vorgeschrieben werden.

FDP

-- - o + ++

Wir setzen dabei auf Subsidiarität und Effizienz. Die Planung von Wärmenetzen muss vor Ort erfolgen.

4

**Es sollen eindeutige und verpflichtende Vorgaben im öffentlichen Beschaffungswesen, sowie Quoten, Normen und Standards eingeführt werden, die die Nachfrage nach emissionsarmen und ressourceneffizienten Produkten treiben.**

B'90 / Grüne



Unser Ziel: eine nachhaltige Beschaffung!

CDU



Vergabefremde Kriterien müssen wohlüberlegt angewandt werden, damit überhaupt Angebote erstellt werden.

AFD



Bezahlbarkeit muss bedacht werden.

SPD



keine Angabe

FDP



Produkte müssen sich marktwirtschaftlich behaupten.



# Wald

**Das Fazit des Waldzustandsberichtes 2020 für die Wälder Baden-Württembergs spricht von einem derzeit besorgniserregenden Zustand.**

**Dabei hat der Wald neben der klimarelevanten Senkenfunktion für Kohlenstoff bzw. CO<sub>2</sub> eine ebenso wichtige Wasservorsorgefunktion. Stabile Mischwälder, in denen großflächiger Schädlingsbefall seltener auftritt, sind ein Garant für sauberes Trinkwasser, vermindern Hochwasserspitzen und erhöhen den Niedrigwasserabfluss in sommerlichen Trockenperioden.**



## Waldbewirtschaftung

1

Waldflächen sollen der Eigendynamik der Artenvielfalt dienen und dazu wieder zu echten Wäldern werden.

B'90 / Grüne

-- - o + ++

Wir brauchen naturnah bewirtschaftete Waldökosysteme.  
Ökonomie, Ökologie und Soziales gehören zusammen!

CDU

-- - o + ++

Ausnahme Schutzgebiete: Nationalpark, AuT-Flächen,  
Bannwälder etc.

AFD

-- - o + ++

Forst Baden-Württemberg ist hier gut aufgestellt, keine  
Änderung notwendig. Ökologisches Bauen benötigt Nutzholz  
(Fichte)!

SPD

-- - o + ++

keine Angabe

FDP

-- - o + ++

Nach aktuellen Studien dienen aktiver Waldumbau und  
produktionsintegrierter Naturschutz dem Artenschutz.

## Waldbewirtschaftung

2 Den Einnahmen aus der Holzbewirtschaftung wird keine Priorität eingeräumt, Vorrang haben die wichtige Funktionen der Wälder als Kohlenstoffsenke, als Erholungsraum und die Wasservorsorgefunktion.

B'90 / Grüne



Nur naturnahe Waldbewirtschaftung wird dauerhaft Erträge sichern.

CDU



keine Angabe

AFD



Kompromisse sind notwendig. Anderweitig wird das Holz aus Übersee importiert. Auch ökologisch fragwürdig.

SPD



Die Holznutzung ist auch klimapolitisch gut, muss aber nachrangig sein.

FDP



Wald ist multifunktional, Forstwirtschaft trägt zum Artenschutz und durch Aufforstung zur CO<sub>2</sub>-Bindung bei.

## Waldbewirtschaftung

3 Der Einschlag muss auf weniger als 20 % des Neuzuwachses limitiert werden.

B'90 / Grüne



Die Rolle des Waldes als C-Senke ist wichtig, aber eine nachhaltige Holznutzung muss weiterhin möglich sein.

CDU



keine Angabe

AFD



Wenn die Waldfläche steigen soll, erhebt sich die Frage, auf Kosten welcher anderer Flächen?

SPD



Es ist mehr Holz zu belassen, die Wälder müssen im Schnitt deutlich älter werden.

FDP



Entlastung des Holzmarkts über Einschlags- und Verwertungshilfe für geschädigte Hölzer.

## Waldbewirtschaftung

4

Bis 2050 soll der Holzvorrat in der Waldfläche (Baumbestand und Totholz) auf 800 fm / ha gesteigert werden.

B'90 / Grüne

-- - o + ++

Ausreichend Holzvorrat ist zentral für Natur- und Klimaschutz im Wald.

CDU

-- - o + ++

keine Angabe

AFD

-- - o + ++

keine Angabe

SPD

-- - o + ++

Die CO<sub>2</sub>-Bevorratung in den Wäldern ist deutlich zu erhöhen, mehr Bäume müssen erheblich älter werden dürfen.

FDP

-- - o + ++

Totes Holz ist Waldbrandbeschleuniger, Oase für Borkenkäfer etc. und muss daher rasch geborgen werden.

## Waldbewirtschaftung

- 5 Kahlschläge, Gifteinsatz und Vollbaumnutzung im Staatswald werden unterbunden bzw. verboten. Zur Neuanpflanzung werden heimische Baumarten vorgesehen.

B'90 / Grüne



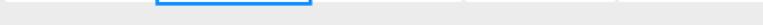
Das gilt für Staats- und Kommunalwald gleichermaßen.  
Vorrang haben heimische Baumarten und Variationen.

CDU



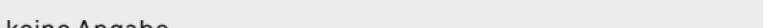
keine Angabe

AFD



Maßnahmen können notwendig sein. Besser an Klimawandel angepasste fremde Bäume als keine Bäume

SPD



keine Angabe

FDP



Forschung, Waldumbau für klimastabile Mischwälder auch mit ausländischen Nadelbaumarten, keine Verbote.

## Waldbewirtschaftung

6

Die Förderung der Nutzung von Energieholz soll beendet werden.

B'90 / Grüne



In erster Linie muss die Kaskadennutzung von Holz forciert werden, Energiegewinnung ist die letzte Stufe.

CDU



keine Angabe

AFD



Der Nutzen von Holzverbrennung für das Klima ist umstritten.

SPD



Holz soll auch nachhaltig energetisch genutzt werden dürfen.

FDP



Kaskadennutzung von Holz stärken, bürokratische Hürden für die Nutzung von Energieholz abbauen.

## Waldbewirtschaftung

7

Eine minimal-invasive Bewirtschaftung nach dem Standard der Naturland-Zertifizierung (Lübecker-Modell) wird angestrebt.

B'90 / Grüne



Resiliente Waldökosysteme müssen im Mittelpunkt stehen.  
FSC und Naturland befürworten wir.

CDU



keine Angabe

AFD



keine Angabe

SPD



Je nach Standort und Ausgangslage soll gelenkte Sukzession Vorrang haben vor Pflanzung.

FDP



Ausstieg aus der FSC-Zertifizierung, Rückkehr zum international verbreitenden Standard PEFC.

## Indirekte Maßnahmen zum Schutz der Wälder

8 Das bereits für 2020 gesetzte Ziel, 10 % der Staatswaldfläche unter Prozessschutz zu stellen, soll innerhalb der nächsten 5 Jahre erreicht werden.

B'90 / Grüne



Im öffentlichen Wald müssen in den nächsten 5 Jahren mindestens 10 % Prozessschutzfläche erreicht sein.

CDU



keine Angabe

AFD



keine Angabe

SPD



Das fordern wir im Landtag seit Jahren; mehr Bannwälder und NSG im Wald ausweisen.

FDP



Artenschutz und nachhaltige Waldbewirtschaftung schließen sich nicht aus.

## Indirekte Maßnahmen zum Schutz der Wälder

9 Forsteinrichtungspläne sollen veröffentlicht und eine Beteiligungsmöglichkeit der Bürger\*innen geschaffen werden.

B'90 / Grüne



Das sind sie schon.

CDU



keine Angabe

AFD



Die Bürger sind nicht fachkundig. Dafür gibt es das Studium der Forstwirtschaft und Naturschutzfachleute.

SPD



keine Angabe

FDP



keine Angabe

## Indirekte Maßnahmen zum Schutz der Wälder

10 Ein Lehrstuhl für Waldökologie soll an einer baden-württembergischen Universität eingerichtet werden.

B'90 / Grüne



Personalschulung und ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Überwachung sind wichtige Instrumente.

CDU



Fakultät für Umwelt und Natürliche Ressourcen der Uni Freiburg deckt dies bereits ab

AFD



dieses Fach besteht bereits innerhalb des Studiums der Forstwirtschaft.

SPD



keine Angabe

FDP

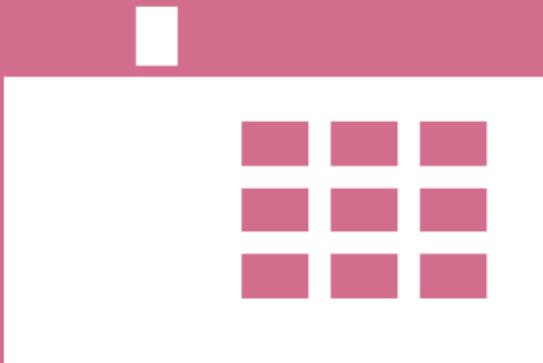


Intensivierung der Forschung in allen Bereichen der Forstwissenschaft mit Experten aus Praxis und Wissenschaft.



# Gebäude

**Dem Gebäudesektor wird im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung das ambitionierteste Ziel aller Sektoren beigemessen. Hier sollen die Emissionen im Vergleich zu 1990 um bis zu 67% sinken. Da die Emissionen in diesem Sektor in den letzten Jahren stagnierten, sind hier in Zukunft besondere Anstrengungen notwendig.**



## Gebäude

1

Für alle öffentlichen Gebäude muss ein verpflichtendes Energien-managementsystem eingeführt werden.

B'90 / Grüne



keine Angabe

CDU



keine Angabe

AFD



keine Angabe

SPD



keine Angabe

FDP



keine Angabe

## Gebäude

2

**Neue Programme zur Förderung von Sanierungen nach KfW-Effizienzhaus-55-Standard sollen aufgestellt werden, mit dem Ziel die Sanierungsrate jährlich deutlich zu steigern. Des Weiteren sind nahezu klimaneutrale Neubauten als Standard festzulegen.**

B'90 / Grüne



keine Angabe

CDU



keine Angabe

AFD



keine Angabe

SPD



keine Angabe

FDP



Energetische Sanierung unbürokratisch erleichtern z.B. mit befristeten steuerlichen Anreizen, KfW-Förderung etc.

## Gebäude

3

**Das für 2026 geplante Einbauverbot von Ölheizungen soll ab sofort gelten, und zusätzlich soll der Einbau von fossilen Gasheizungen ab 2025 verboten werden.**

B'90 / Grüne



Allerdings ist das Bundesrecht, das wir im Land nicht verändern können.

CDU



keine Angabe

AFD



keine Angabe

SPD



Das geht nur bei ausreichenden Ausnahme- und Härtefallregelungen.

FDP



Bauherren die Wahl lassen. Verbote begünstigen Sanierungsstau.

## Gebäude

4

Eine möglichst effiziente Energieversorgung von Gebäuden muss gewährleistet sein, dies beinhaltet auch die drastische Reduzierung der Energieverbräuche von Gebäuden (vgl. Sanierungsrate).

B'90 / Grüne



keine Angabe

CDU



keine Angabe

AFD



keine Angabe

SPD



Dazu wird unter anderem das Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Baden-Württemberg weiterentwickelt.

FDP



Schnell wirksame steuerliche Sanierungsförderung bis Gebäude- und Wärmesektor im EU-Emissionshandel ist.

## Gebäude

5

Nah- und Fernwärmenetze sollen weiträumig ausgebaut werden.

B'90 / Grüne



keine Angabe

CDU



keine Angabe

AFD



keine Angabe

SPD



Besonders wichtig ist der Umbau der bestehenden großen Fernwärmenetze auf klimaneutrale Lösungen.

FDP



Ja, aber Streichung der Möglichkeit kommunaler Anschlusszwänge aus der Gemeindeordnung.

# Statement

---

Statements der einzelnen Parteien.



Wir stehen als Gesellschaft vor riesigen Herausforderungen: Klimakrise und Artensterben bedrohen unsere Lebensgrundlagen. Wir müssen es in den nächsten zehn Jahren schaffen, die globale Erderhitzung einzudämmen und die Artenvielfalt zu schützen. Deshalb werden wir unseren Weg hin zu einem klimaneutralen Baden-Württemberg entschlossen weitergehen und Tempo machen. Zentrale Grundlage unserer Politik ist das Klimaabkommen von Paris und der Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit. Wir werden ein Klimaschutz-Sofortprogramm auflegen, das vielfältige Maßnahmen umfasst (Solarpflicht erweitern, Windkraft ausbauen, Abwärme nutzen, CO<sub>2</sub>-Schattenpreis von 180 Euro für die öffentlichen Haushalte, Förderprogramm für klimaneutrale Wohngebiete und vieles mehr). Wir treiben die ökologische Verkehrswende weiter konsequent voran (ÖPNV weiter ausbauen, Vorrang für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen in den Innenstädten, Radschnellwege ausbauen, E-Ladesäulen-Netz verdoppeln).

Wir streben eine eigene Tierschutzstrategie für Baden-Württemberg an. Die Förderprogramme in der Landwirtschaft wollen wir so ausrichten, dass eine Förderung an deutlich höhere Tierschutzstandards gebunden ist. Auch den Ausstieg aus dem Tierversuch wollen wir in Baden-Württemberg einleiten. Wir kämpfen zudem für effektivere Kontrollen von tierhaltenden Betrieben, Schlachthöfen und Tiertransporten und wollen dazu auch digitale Systeme nutzen. Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft und Naturschutz auf den Weg bringen und dabei auch die Lebensmittelindustrie und die Verbraucher\*innen einbeziehen. Alle müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass sich Landwirtschaft wieder lohnt und die Leistungen der bäuerlichen Betriebe angemessen bezahlt werden. Eine weitere Aufgabe, die wir jetzt angehen müssen: Wir müssen den Wald und seine Bewirtschaftung umgestalten. Der Waldbau der Zukunft wird der Dauerwald sein, der naturnah angelegt ist und nachhaltig bewirtschaftet wird. Auch in der Wirtschaft wollen wir Ökonomie und Ökologie konsequent zusammendenken. Wir streben eine echte Kreislaufwirtschaft an, die Ressourcen effizient einsetzt. Wir wollen als Land zeigen: Wir können gut leben und arbeiten, ohne unsere Lebensgrundlagen zu zerstören!

Die Erhaltung unseres Planeten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Wertekompasses. Verantwortungsvolle Umweltpolitik bedeutet für uns, die Lebensqualität der Menschen zu sichern, die Schöpfung zu bewahren und unseren Planeten künftigen Generationen in einem guten Zustand zu übergeben.

Beim Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen setzen wir auf das Zusammenwirken von Umweltschutz, Wissenschaft und Wirtschaft. Dem Klimawandel, dem Insektensterben und möglichen zukünftigen Umweltproblemen wollen wir im Sinne des Vorsorgeprinzips mit Technologie aus Baden-Württemberg entgegentreten und konstruktive Lösungen entwickeln.

Wir wollen Wachstum erzeugen bei reduziertem Ressourceneinsatz. Die soziale Marktwirtschaft ist dabei Basis unseres Handelns. Wir begreifen Umwelt- und Klimaschutz als eine Chance für die Wirtschaft und als Wachstumstreiber für den Mittelstand im Land. Hier entstehen fortschrittlichste Technologien, die weltweit benötigt werden, wenn der Umwelt- und Klimaschutz gelingen soll.

Unser Leitmotiv beim Klimaschutz ist der Dreiklang: Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, Substituierung vorhandener Technik durch klimaneutrale Technologien sowie die Kompensation verbleibender CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dazu haben wir die Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg ins Leben gerufen. Damit sind wir Vorreiter für ganz Deutschland. Die Klimaschutzstiftung kann der Nukleus für eine klimaneutrale Volkswirtschaft in Baden-Württemberg werden.

Viele Fragen beinhalten unterschiedliche Fragestellungen. So kann oft nicht differenziert geantwortet werden. Dies ist an diesem Wahlkompass zu bemängeln. Technisch war es leider nicht möglich, eine Antwort aus diesem Grund zu verweigern. Eine städtische Verkehrsgebühr (Citymaut) soll nach dem Vorbild Singapurs in erster Linie dazu dienen, den Verkehrsfluss zu bessern. Singapur kennt fast keine Staus, weil die Maut ständig dem Verkehrsaufkommen auf den Straßen angepasst wird. Dies und die Information an die Fahrer geschieht elektronisch in Jetztzeit, so dass immer der gerade am wenigsten frequentierte und damit günstigste Verkehrsweg genutzt wird.

Die Ziele sollen mit Realitätssinn und Vernunft erreicht werden. Kompromisse werden notwendig sein. Das Elektroauto als Endziel ist zu überdenken, da die ökologische Bilanz unter derzeitigen Bedingungen umstritten ist. Ohne die Atomkraft werden die Ziele der CO<sub>2</sub>-Reduzierung nicht zu erreichen sein. Der derzeitige kostspielige Irrsinn, die Stabilität des Stromnetzes trotz der Volatilität der Erneuerbaren durch Stromexport und Stromimport aufrecht zu erhalten, muss beendet werden. Man kann die Atomkraft nicht verteufeln und dann aber im Notfall darauf zurückgreifen (indem beispielsweise Strom aus Frankreich importiert wird). Ausreichende Energiegewinnung aus Wind, Sonne und Wasser ist im dicht besiedelten sonnenarmen Deutschland nicht möglich ohne übermäßige Beeinträchtigung für Flora / Fauna und den Menschen. Auch spricht die zunehmende Bevölkerungszahl (+14 % seit 2015) dagegen.

Bei Wohnraum sollen attraktive Formen des Bauens in die Höhe gefördert werden. Durch das Angebot (nicht Zwang) von attraktivem Wohnraum dort soll dem Flächenfraß begegnet werden.

Der Klimawandel wie auch der Artenrückgang gehören zu den ganz großen Herausforderungen an die Politik für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Deshalb muss die Politik in den Handlungsfeldern der Energieerzeugung, des Energieverbrauchs, der Mobilität, des Flächenverbrauchs, der Landnutzung und Agrarpolitik sowie in der Umwelt- und Naturschutzpolitik neue Wege gehen und massiv finanzielle Mittel und Personalressourcen wie auch Forschungskapazitäten einsetzen, um diese Aufgaben auch angemessen angehen zu können.

Die SPD hat dies erkannt und geht daher seit Jahren diesen Weg, auch wenn immer weiterer Erkenntnisgewinn uns veranlasst, diese Politik noch stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Für die SPD ist es eine besondere Herausforderung, die umweltpolitisch nötigen Schritte auch so zu gehen, dass soziale Ungerechtigkeiten und Brüche vermieden werden.

Wir unterstützen ausdrücklich die klimapolitischen Ziele der Pariser Klimakonferenz. Weil wir nicht zwischen Wohlstand und Klimaschutz als Alternativen wählen wollen, ist unser Ziel größtmögliche Effizienz, also mehr Klimaschutz pro investiertem Euro. Das wollen wir mit einem festen CO<sub>2</sub>-Deckel und mit einem Klimakonzept erreichen, das die CO<sub>2</sub>-Nutzung und -Speicherung fördert. Verbote und planwirtschaftliche Zielvorgaben bringen uns nicht weiter. Wir machen uns für innovativen Technologien und weltverändernden Ideen aus dem Land stark. Mit diesem Werkzeug kann Baden-Württemberg einen globalen Beitrag zum Klimaschutz leisten und dabei die eigene Wirtschaft stärken. Wir machen uns für eine flächengebundene, ressourcenschonende und nachhaltige Landwirtschaft stark. Wir sind überzeugt, dass die Interessen der Landwirtschaft mit dem Umwelt- und Naturschutz Hand in Hand gehen. Dafür braucht es selbstbestimmte Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich durch Eigenverantwortung, Flexibilität und Innovationsfreude auszeichnen. Die Herausforderungen des Tier-, Arten-, Klima-, Umwelt- und Bodenschutzes sowie der Sicherung der Lebensmittelproduktion lassen sich nicht durch Verbote und Auflagen bewältigen. Stattdessen müssten technologische Innovationen in Pflanzenschutz und Züchtung stärker als bisher genutzt werden. Notwendig sind machbare Lösungen entlang des technischen Fortschrittes.

## **Baden-Württemberg 2021**

**Impressum** Greenpeace Stuttgart, Augustenstraße 57, 70178 Stuttgart;  
[mail@greenpeace-stuttgart.de](mailto:mail@greenpeace-stuttgart.de); [www.stuttgart.greenpeace.de](http://www.stuttgart.greenpeace.de)

**V.i.S.d.P** Jonas Nutz, Astrid Rudolf **Text/Redaktion** Jonas Nutz, Astrid Rudolf  
**Gestaltung** Henning Thomas **Stand** 02/2021

**Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende an  
Greenpeace e.V.:**

**GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67, KTO 33401; BIC GENODEM1GLS,  
IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01**